FRAUEN POLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.

Hella Hesselmann, Sprecherin des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg e.V. und Geschäftsführung des DGB Westbrandenburg am 25.11.2026 zur Fahnenhissung anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Prof. Dr. Liedtke,
Sehr geehrter Herr Minister Wilke,
Sehr geehrte Abgeordnete des Landtags,
Liebe Anwesende aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft,

Der Elefant im Raum ist heute nicht zu übersehen. Auf einem unserer Banner steht: „Der Elefant im Raum wird nicht kleiner, wenn wir wegschauen."

Und genau darum geht es am heutigen Tag, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen: die Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen, auf aktuelle Zahlen zu schauen und über politische und gesamtgesellschaftliche Lösungen zu sprechen. Aber diese Sichtbarkeit und das Wissen allein reicht nicht. Wir müssen auch über die Bedingungen sprechen, unter denen Gewalt entsteht und trotz verschiedener politischer und rechtlicher Maßnahmen fortbesteht. Und wir müssen endlich ins Handeln kommen. Alle!

Aus meiner gewerkschaftlichen Arbeit weiß ich, wie eng Gleichstellung und wirtschaftliche Unabhängigkeit miteinander verbunden sind. Deshalb möchte ich heute einen Aspekt in den Mittelpunkt stellen, der im Gewaltschutz noch immer zu wenig Beachtung findet: die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

Ich möchte eine Frage stellen: Warum bleibt eine Frau in einer gewalttätigen Beziehung, obwohl sie gehen möchte?

Die Antwort lautet erschreckend oft: Weil ihr die wirtschaftlichen Möglichkeiten fehlen. Weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um eine eigene Wohnung zu finanzieren. Weil sie in Teilzeit arbeitet, einen Minijob hat oder befristet beschäftigt ist. Weil sie Sorgearbeit übernommen und dafür berufliche Chancen und finanzielle Sicherheit zurückgestellt hat.

Wer nicht gehen kann, weil das Geld fehlt, bleibt beim Partner. Dieses Machtgefälle, das durch eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Partner ausgeht, nutzen Täter auch bewusst als Druckmittel, um Frauen und Kinder sich weniger wertvoll, weniger selbstwirksam, weniger stark fühlen zu lassen. Es ist ein Druckmittel, das demütigt und bewusst klein hält. Ob ausgesprochen oder unausgesprochen.

Ob jemand gehen kann, ist keine individuelle Entscheidung unter freien Bedingungen. Es ist Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheit. Und genau deshalb müssen wir über Gewaltprävention auch in der Arbeitswelt sprechen.

FRAUEN POLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.

Faire Bezahlung ist Gewaltschutz.

Sichere Arbeitsverhältnisse sind Gewaltschutz.

Eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit ist Gewaltschutz.

Das betrifft insbesondere die Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten: in der Pflege, in der Erziehung, im Handel und in der Reinigung. Berufe, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde – und in denen gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung noch immer keine Selbstverständlichkeit sind.

Hier liegt auch politische Verantwortung. Das Land ist nicht nur für das Hilfesystem verantwortlich. Es ist Arbeitgeber, Fördergeber und Auftraggeber. Es kann und muss Einfluss darauf nehmen, unter welchen Bedingungen Menschen arbeiten. Dazu gehört auch, diejenigen fair zu bezahlen und abzusichern, die täglich zum Beispiel Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen leisten.

Und es braucht eine Gleichstellungspolitik, die diesen Namen verdient. Eine Politik, die nicht erst dann handelt, wenn Gewalt bereits stattgefunden hat. Sondern die Ungleichheiten abbaut, Abhängigkeiten verringert und Frauen echte Handlungsspielräume eröffnet.

Mit dem Brandenburgischen Gewalthilfeausführungsgesetz übernimmt das Land künftig eine wichtige Verantwortung für die Sicherstellung des Hilfesystems. Das ist ein notwendiger Schritt.

Aber Gewaltschutz darf nicht bei der Finanzierung von Schutzangeboten enden. Wir brauchen ebenso eine konsequente Prävention und Gleichstellungspolitik in allen Lebensbereichen – auch und gerade in der Arbeitswelt!

Denn ein Frauenhaus kann Schutz bieten, wenn eine Frau fliehen muss. Aber unser gesellschaftlicher Anspruch muss weiterreichen: Frauen sollen gar nicht erst in eine Situation geraten, in der sie zwischen ihrer Sicherheit und der wirtschaftlichen Existenz von ihr und ggf. Ihren Kindern wählen müssen.

Dafür braucht es politische Entscheidungen, verlässliche Strukturen und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen und Verantwortung.

Der Elefant im Raum erinnert uns heute daran, nicht länger wegzusehen. Ich möchte ergänzen: Wir dürfen auch die strukturellen Ursachen nicht länger ausblenden.

Ein Leben ohne Gewalt braucht mehr als Schutzräume. Es braucht die Freiheit, selbstbestimmt leben zu können. Vielen Dank.